

DeZIMinutes

#12

Berlin, Januar 2023

Parteien, Politiker*innen, zivilgesellschaftliche Organisationen –

durch wen fühlen sich Menschen mit und ohne
Migrationshintergrund in Deutschland repräsentiert?



Parteien, Politiker*innen, zivilgesellschaftliche Organisationen – durch wen fühlen sich Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in Deutschland repräsentiert?

In einer repräsentativen Demokratie ist es Aufgabe gewählter Politiker*innen, die Interessen der Bürger*innen zu vertreten. Dies tun jedoch auch Gewerkschaften oder zivilgesellschaftliche Organisationen (z.B. Bürgerinitiativen). Wie gut man sich repräsentiert fühlt, hängt nicht zuletzt davon ab, wie gut die eigene Gruppe in politischen Ämtern vertreten ist. Da Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund in den politischen Institutionen Deutschlands nach wie vor unterrepräsentiert sind, haben wir gefragt: Durch welche Akteur*innen, Institutionen oder Organisationen fühlt sich die deutsche Bevölkerung vertreten? Bestehen Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund? Die Bevölkerungsumfrage im Projekt „Gesellschaftliche Konflikte und Dynamiken des Parteienwettbewerbs in der Migrations- und Integrationspolitik“ (MigRep) beleuchtet, inwiefern neben den formell verfassten Institutionen der repräsentativen Demokratie auch weitere (individuelle, kollektive oder korporative) Akteure als Interessenvertreter im politischen Prozess wahrgenommen werden.

Highlights

1. Politische Repräsentation wird von den Befragten vor allem mit Parteien und Politiker*innen assoziiert.
2. Besonders häufig werden Bundespolitiker*innen als Repräsentant*innen genannt.
3. Zwischen den Antworten von Personen mit und ohne Migrationshintergrund lassen sich kaum Unterschiede feststellen.

Was meinen wir mit „Migrationshintergrund“?

Die Umfrage des MigRep-Projekts bezieht sich auf die Bedeutung des Migrationshintergrunds als statistische Kategorie. Daher haben wir die Definition des Statistischen Bundesamtes übernommen. Demnach hat eine Person einen Migrationshintergrund, „wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit der deutschen Staatsangehörigkeit geboren wurde“.

Was meinen wir mit „Repräsentation“?

Repräsentation kann (konzeptionell) unterschiedlich gefasst werden. In diesem Beitrag meint Repräsentation das Handeln von Personen oder Institutionen – den Repräsentant*innen – im Interesse anderer Menschen – den Repräsentierten. Das bedeutet, dass die Interessen der Bürger*innen von den Repräsentant*innen, wie zum Beispiel Politiker*innen, aufgegriffen und vertreten werden.

Politische (Unter-)Repräsentation in Deutschland

Für die repräsentative Demokratie ist es wichtig, dass sich die Bürger*innen von den politischen Repräsentant*innen und Institutionen hinreichend vertreten fühlen und diese als ihre Vertreter*innen anerkennen. Die Forschung ist sich jedoch uneinig darüber, ob allein gewählte Vertreter*innen Repräsentation leisten. Neuere Theorien argumentieren, dass Repräsentation ein dynamischer Prozess und auch abseits von gewählten Repräsentant*innen und politischen Institutionen zu finden ist. Gewerkschaften, Organisationen oder Einzelpersonen ohne Amt erbringen demnach ebenso Repräsentationsleistungen und können als Interessenvertreter*innen der Bevölkerung fungieren.

Dieses breitere Verständnis von politischer Repräsentation greift das Problem auf, dass es Bevölkerungsgruppen gibt, die strukturell politisch benachteiligt sind. So ist die demokratische Partizipation von rund 10,6 Millionen Erwachsenen mit Migrationshintergrund in Deutschland eingeschränkt, da sie ohne deutsche Staatsangehörigkeit vom Wahlrecht auf Landes- und Bundesebene ausgeschlossen sind. Personen mit Migrationshintergrund (mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft) machen rund 27,2 % der deutschen Bevölkerung aus. Gemessen an diesem Anteil sind sie in politischen Institutionen, wie dem Deutschen Bundestag, in politischen Ämtern, aber auch in Parteien deutlich unterrepräsentiert. Diese geringe Repräsentation kann dazu führen, dass ihre Interessen weniger berücksichtigt werden als die von Menschen ohne Migrationshintergrund: Wer in politischen Institutionen unterrepräsentiert ist, so zeigen zahlreiche Studien, wird auch bei politischen Entscheidungen weniger berücksichtigt.

Da es weniger Menschen mit als ohne Migrationshintergrund in politischen Ämtern gibt, stellt sich die Frage, ob sie sich möglicherweise eher durch Personen vertreten fühlen, die keine politischen Ämter bekleiden. Wir vermuten, dass dies insbesondere für Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit gilt, da sie weder auf Bundes- noch auf Landesebene wählen und somit nicht über die Zusammensetzung der Parlamente mitbestimmen dürfen.

Durch wen fühlen sich Personen mit und ohne Migrationshintergrund repräsentiert?

Darauf liefert die Umfrage des MigRep-Projekts neue Antworten. Im Zeitraum von April bis Juli 2021 wurden dazu 1.501 Personen telefonisch befragt, darunter 800 Personen mit und 701 Personen ohne Migrationshintergrund¹. Wir wollten von den Teilnehmenden wissen, durch wen sie sich in der Politik am besten repräsentiert fühlen. Die Befragten waren in ihrer Antwort frei und konnten neben Politiker*innen oder Parteien auch Organisationen, Initiativen, Vereine, Gewerkschaften oder Einzelpersonen ohne politisches Amt nennen. **Abbildung 1** visualisiert die vielfältigen Antworten.

Abbildung 1. „Durch wen fühlen Sie sich in der Politik generell am besten repräsentiert?“



Quelle: Eigene Berechnung. Anmerkungen: Die linke Wortwolke zeigt Antworten der Befragten mit Migrationshintergrund, die rechte Antworten der Befragten ohne Migrationshintergrund. Häufig genannte Wörter werden größer geschrieben als selten genannte. Dargestellt werden nur Antworten, die mindestens dreimal genannt wurden.

¹ Die Gruppe mit Migrationshintergrund fokussiert besonders italienisch-, russland- oder türkeistämmige Personen. **DeZIMinutes #12 | 2**

Werden die Antworten in Kategorien zusammengefasst, zeigt sich, dass der Großteil der Befragten mit Migrationshintergrund sowohl Politiker*innen (35,3 %) als auch Parteien nennt (43,3 %). Nur wenige Befragte (4,2 %) geben an, sich am besten durch politische Institutionen (z.B. Bundestag oder Bundesverfassungsgericht) oder nicht gewählte Akteure wie zum Beispiel Gewerkschaften oder Naturschutzorganisationen vertreten zu fühlen (8,6 %). Ein ähnliches Muster ergibt sich auch für die Befragten ohne Migrationshintergrund. Auch hier werden überwiegend gewählte Politiker*innen (32,4 %) und politische Parteien (42,8 %) genannt. Im Unterschied zur Gruppe mit Migrationshintergrund geben die Befragten ohne Migrationshintergrund gewählte Politiker*innen etwas seltener an. Der Anteil jener Personen, die sich eher durch individuelle, kollektive oder korporative Akteure vertreten fühlen ist mit 9,5 % nur geringfügig höher. Einzig für die politischen Institutionen findet sich eine deutliche Abweichung (8,5 %) zur Gruppe mit Migrationshintergrund. Interessant und gleichzeitig beunruhigend ist, dass sich ein relevanter Teil der Befragten mit (8,7 %) und ohne (6,8 %) Migrationshintergrund durch „niemanden“ repräsentiert fühlt und dies explizit benennt. Mit Blick auf die gewählten Politiker*innen verweisen knapp 80 % beider Gruppen auf Politiker*innen der Bundesebene, während etwa 15 % Landespolitiker*innen nennen. Befragte mit Migrationshintergrund geben etwas häufiger Kommunalpolitiker*innen an (5,7 %).

Insgesamt zeigt sich, dass Repräsentation im Sinne der Vertretung der eigenen Interessen insbesondere mit Politiker*innen und Parteien in Verbindung gebracht wird. Dies gilt für die Befragten mit Migrationshintergrund und ohne Migrationshintergrund gleichermaßen. Die Ergebnisse der Befragung des MigRep-Projekts liefern somit neue Erkenntnisse darüber, wen die Bürger*innen als zentrale Repräsentant*innen der eigenen Interessen wahrnehmen. Sie zeigen (erstmalig), dass dabei zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund keine wesentlichen Unterschiede bestehen. Die Vertretung der Interessen der Bürger*innen durch formell verfasste Institutionen bleibt Kernbestandteil der repräsentativen Demokratie – auch in der Wahrnehmung der pluralen Bürger*innenschaft.

Die Ergebnisse sind im Rahmen des Verbundprojekts „Gesellschaftliche Konflikte und Dynamiken des Parteienwettbewerbs in der Migrations- und Integrationspolitik“ (MigRep) entstanden. Verbundpartner sind das Interdisziplinäre Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (InZentIM), das Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) und das Berliner Institut für Integrations- und Migrationsforschung (BIM), die als Einrichtungen der DeZIM-Forschungsgemeinschaft kooperieren. Das MigRep-Projekt untersucht, inwiefern die Positionen und Themenaufmerksamkeit der Parteien mit Blick auf Integration und Migration die vielfältigen Präferenzen der Bevölkerung abbilden. Es beleuchtet, inwiefern sich mögliche Repräsentationslücken auf die Unterstützung der Demokratie und die Konfiguration des Parteiensystems auswirken.

Weitere Informationen zum Projekt unter:

www.dezim-institut.de/projekte/projekt-detail/gesellschaftliche-konflikte-und-dynamiken-des-parteienwettbewerbs-in-der-migrations-und-integrationspolitik-migrep-7-12/

IMPRESSUM

© Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V., 2023. Alle Rechte vorbehalten. DeZIMinutes geben die Auffassung der Autor*innen wieder.

Herausgeber: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V. | Mauerstraße 76 | 10117 Berlin | +49 (0)30 2007 54 130 | presse@dezim-institut.de | www.dezim.de | **Autor*innen:** Laura Dinnebieer, Simone Tosson und Noam Himmelrath | **Redaktion:** Maren Seidler | **Layout:** neonfisch.de | **Illustration & Satz:** Linda Wölfel | **Druck:** Umweltdruck Berlin GmbH

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend